Bundesarchiv (SAPMO), Berlin – zu Rate zu ziehen. Damit enthält die Arbeit ein beachtliches Defizit. Wilde muß fast durchgängig darauf verzichten, in Konfliktsituationen (Bodenreform, Wahlen, Absetzung Kaisers) zwischen SED und CDU Position sowie interne Vorgehensweisen der Kommunisten auszuleuchten. Gerade hierin bestünde jedoch eine der Hauptforschungsaufgaben, da die christlichen Demokraten in der sowjetisch besetzten Zone nur in dem von SMAD und SED eng begrenzten Rahmen Politik gestalten konnten. Dieses grundsätzliche Defizit kann auch nicht dadurch behoben werden, daß Wilde Akten aus dem Public Record Office (PRO), London, heranzieht. Der Fokus Wildes liegt auf der inneren Entwicklung der CDU, ohne das Wechselspiel zwischen Union und Kommunisten angemessen zu berücksichtigen. Dabei steht häufig der Vergleich zwischen Hermes und Kaiser mehr im Vordergrund als der zwischen CDU und SED.

Dennoch hat die Arbeit trotz der angesprochenen mangelnden Quellenlage ihre Verdienste. So hat Wilde in einem umfangreichen Kapitel die Organisation der CDUD ausführlich dargelegt. Finanzen der Partei, Pressewesen, Mitgliederentwicklung und Ausschußtätigkeit der Union in den ersten Jahren werden detailliert beschrieben. Tabellen und Übersichten erleichtern den Zugang. Der Landesverband Sachsen der CDU mit seinem führenden Politiker Hugo Hickmann wird am Rande der Studie Wildes immer wieder berührt, ohne daß die Geschichte der Landesverbände stärker zum Tragen kommt. Ein fehlendes Personen- und Sachregister erschwert eine gezielte Zugriffsmöglichkeit.

Bonn Ralf Baus

Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. „Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Akademie Verlag, Berlin 1999. 400 S.

Während die Bundesrepublik Deutschland ihre Politik im Hinblick auf die DDR als „Deutschlandpolitik" bezeichnete, benannte die DDR ihre entsprechende Politik als „Westarbeit". Diese umfaßte, so die Autorin: „die Gesamtheit aller offiziellen politischen Bemühungen, aller Propagandaaktivitäten sowie aller auf den Westen Deutschlands gerichteten inoffiziellen und geheimdienstlichen Maßnahmen, die darauf zielten, ganz Deutschland zunächst nach dem ‚volksdemokratischen' Modell der Sowjetischen Besatzungszone, dann nach dem sozialistischen Modell der Deutschen Demokratischen Republik umzuwandeln." Eine solche Einflußnahme auf Parteien, Organisationen in der BRD, auf westdeutsche Politiker, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, auf Journalisten, Wissenschaftler und weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens konnte natürlich nicht dem Zufall überlassen werden. Es entstand ein zentral gesteuerter umfangreicher und kostspieliger Apparat, dessen Entscheidungskompetenz stets in den Händen des SED-Politbüros verblieb. Neben der „Westarbeit" von Institutionen wie dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Ministerium für Staatssicherheit widmet sich die Studie auch den Aktivitäten der 1949 in der DDR gegründeten „Nationalen Front des demokratischen Deutschland", die als gesamtdeutsche Bewegung zur „Rettung der deutschen Nation" gegründet worden war.

Daß die Einflußnahme der SED auf die KPD in der Bundesrepublik nicht in die Arbeit einbezogen werden konnte, ist nur allzu verständlich, hätte dies doch den Rahmen des von Rudolf Morsey an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissen-

schaften in Speyer betreuten Dissertationsvorhabens weit gesprengt. Bereits die intensiven Studien und die Auswertung der Quellen in der vorgelegten Arbeit liegen über dem Durchschnitt. Umfangreiches und höchst aufschlußreiches Quellenmaterial aus der Stiftung Archiv der Parteien- und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts mit seinem Bestand des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sowie dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR bilden daher das Rückgrat der Arbeit, zu dem noch eine intensive Einbeziehung der Forschungsliteratur kommt.

Die Studie stellt detailliert die vier Ebenen der „Westarbeit" dar. Neben der staatlich-offiziellen waren dies die instrumentell-gesteuerte, die geheimdienstlich-verdeckte sowie die öffentlich-propagandistische Ebene. Auf der ersten lagen zumeist von der Sowjetunion angestoßene Aktivitäten wie etwa die Grotewohl-Initiative vom 30. November 1950 oder andere Gesprächsangebote auf Spitzenebene. Auf der instrumentell-gesteuerten Ebene suchte die SED in erster Linie offen oder konspirativ Kontakte zu Persönlichkeiten und Organisationen in der BRD zu erhalten. Auch Bewegungen oder Initiativen wollte sie für ihre politischen Zwecke nutzbar machen. Natürlich sollten die Kontakte zu Persönlichkeiten wie etwa zu Reichskanzler a. D. Joseph Wirth oder dem Münsteraner Professor Walter Hagemann sowie die Unterstützung und Nutzbarmachung politischer Strömungen in der BRD in der dortigen Öffentlichkeit möglichst nicht bekannt werden. Auf der Ebene der Tätigkeit des MfS ging es zunächst um die Kontrolle deutsch-deutscher Kontakte, um Informationsbeschaffung aus der BRD und Ausschaltung von als „feindlich" angesehenen Agenturen wie den Ostbüros der CDU, SPD und FDP. Die öffentlich-propagandistische Arbeit suchte Volksbefragungen, und Kampagnen zu organisieren, druckte und verteilte Agitationsmaterial und organisierte Pressekonferenzen.

Bei den Versuchen der SED, Kontakte zu westdeutschen Politikern zu knüpfen, ist interessant festzustellen, daß zunächst auch nicht vor Kontakten mit „rechten Kreisen" zurückgeschreckt wurde. Generell galt als potentieller Verbündeter jeder, der mit der Politik Adenauers nicht einverstanden war und dies entsprechend kundtat. Doch weder im Fall von Karl Severing oder von Gustav Heinemann und anderen gelang es, solche politischen Meinungsverschiedenheiten in eine Kooperationsbereitschaft mit der SED umzumünzen. Aus der Rückschau macht betroffen, auf welche rigide Weise die Bundesrepublik mit den beiden Professoren Hagemann und Wegner umging, nachdem diese über „Ostkontakte" verfügten. Beide wurden vom Dienst suspendiert. Joseph Wirth wurden wegen dieser Kontakte sogar bis zum Tode seine Pensionsansprüche aus der Zeit als Minister und Reichskanzler der Weimarer Republik verweigert.

Gänzlich anders ging allerdings die DDR selbst mit Funktionsträgern um, denen sie selbst zu enge Westkontakte vorwarf, die sie ihnen allerdings zuvor entweder selbst oder über die Sowjetunion angedient hatte. Beispiel dafür war Karl Hamann von der LDPD, erster Minister der DDR für Handel und Versorgung. Seinen Fall und den des ersten Außenministers der DDR, Georg Dertinger von der CDU, schildert die Autorin besonders eindrucksvoll. Während Hamann nach einer Haft von vier Jahren entlassen wurde und später in die BRD übersiedeln durfte, wurde Dertingers ganze Familie in die Verfolgung einbezogen. Von den 15 Jahren, zu denen er verurteilt wurde, verbüßte Dertinger über elf Jahre. Seine Frau wurde wegen Mitwisserschaft zu acht Jahren Zuchthaus, der sechzehnjährige Sohn und die dreizehnjährige Tochter wurden zu monatelanger Schutzhaft verurteilt, der neunjährige jüngste Sohn zur Adoption freigegeben, nach der Haftentlassung der Mutter dieser allerdings zurückgegeben. Während der 1973 verstorbene Hamann nach der Wiedervereinigung juristisch rehabi-

litiert wurde, erfuhr Dertinger, der die DDR mit seiner Familie nicht verlassen durfte, beständig unter MfS-Bewachung stand und 1968 verstarb, bisher keine Rehabilitierung.

Die Fülle der aus der Arbeit von Amos zu entnehmenden Informationen über den zweiten totalitären Staat auf deutschem Boden ist bemerkenswert. Häufig sind es gerade die kleinen Details, welche die Würze der Lektüre ausmachen. So beispielsweise, wenn man erfährt daß Herbert Wehner den Marburger Hochschullehrer Wolfgang Abendroth, bis 1961 SPD-Mitglied, danach Vorstandsmitglied des „Sozialistischen Bundes", so sehr geschätzt haben soll, oder daß die DDR mit dem Pahl-Rugenstein-Verlag quasi über einen eigenen Verlag im Westen, in Köln, verfügte. Das im Stasi-Jargon als Paul-Rubelschein-Verlag apostrophierte Unternehmen wurde zu einem nicht geringen Teil von der DDR finanziert und sein Inhaber, Manfred Pahl-Rugenstein, arbeitete als Informant für das MfS.

Mit dem Bau der Mauer 1961 endete die gesamtdeutsche Option in der „Westarbeit", denn eine deutsche Wiedervereinigung, so jedenfalls die SED-Führung im „Nationalen Dokument" von 1962, schien jetzt nur noch unter sozialistischen Vorzeichen denkbar. Die Realitäten der Wiedervereinigung von 1990 unterstrichen, daß diese Annahme ebenso irreal war wie die Erwartungen auf einen Erfolg der „Westarbeit" zwischen 1948 und 1961.

Dresden Reiner Pommerin

Christine Koch, Die Junge Gemeinde der evangelischen Landeskirchen in Sachsen und Thüringen 1945–1953. Dargestellt unter der besonderen Berücksichtigung des Konfliktes zwischen Staat und kirchlicher Jugendarbeit. Verlag Roderer, Regensburg 2000.VII, 450 S. (= Theorie und Forschung 648, Zeitgeschichte 9)

Die von H. Dähn betreute politikwissenschaftliche Dissertation schildert den Gegensatz zwischen staatlicher Jugendpolitik und evangelischer Jugendarbeit als wichtigen Faktor des Verhältnisses von Kirche und Staat in der SBZ/DDR und untersucht regionale Abläufe. Der Vergleich zwischen Sachsen und Thüringen bietet sich angesichts der divergierenden kirchenpolitischen Haltungen der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen und der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens an. Er fußt auf intensiven Studien in Staats-, Stadt- und Kirchenarchiven und Zeitzeugenbefragungen.

Wie das NS-Regime sah sich auch der entstehende kommunistische Staat auf die Rekrutierung der Jugendlichen angewiesen. So war kirchliche Jugendarbeit weiterhin nur auf Gemeindeebene erlaubt und hatte sich auf Bibelarbeit und Gottesdienst zu beschränken. Dennoch strömten die politischer Indoktrination überdrüssigen Jugendlichen in kirchliche Jugendgruppen, die ihnen Freiraum für eigenverantwortliches Handeln und interessante Freizeitgestaltung boten. Zur JG rechneten alle Mitglieder einer Kirchengemeinde zwischen 15 und 25 Jahren. Die Ausrichtung der Jungen Gemeinden ergab sich aus dem Einzugsbereich ihrer jeweiligen Kirchengemeinde. Dörfliche Gemeinden waren stärker von Volksfrömmigkeit geprägt; von Oberschülern geprägte städtische Gemeinden betrieben Bildungsarbeit. Wichtig waren die überregionalen Rüsten (Sehlis), Wanderungen und Laientheater. Allerdings erreichte die JG die bereits vor 1933 säkularisierte Arbeiterschaft kaum, von Ausnahmen wie Vielau und Tiefenort einmal abgesehen. Insgesamt erschien sie als Konkurrentin der 1946 mit kirchlicher Beteiligung gegründeten FDJ, obwohl viele Mitglieder der JG zunächst für den Sozia-